

EUROPOL

Perspektive des Adlers

Europol-Chef Jürgen Storbeck, 50, über Pläne, die Europa-Polizei zu stärken

SPiegel: Helmut Kohl möchte der multinationalen Polizeitruppe Europol direkte Ermittlungsbefugnisse übertragen und nach amerikanischem Vorbild ein europäisches FBI aufbauen. Ist das in Ihrem Sinn?

Storbeck: Ein europäisches FBI mit vollen Kompetenzen kann sicherlich nur im Fernziel angepeilt sein. Dafür brauchen wir zuerst ein einheitliches Strafprozeßrecht, und wir müssen parallel dazu auch einheitliche Justizbehörden schaffen. Noch gibt es kein europäisches Strafgericht, keine europäische Staatsanwaltschaft.

SPiegel: Verspricht Kohl zuviel, wenn er den Bürgern sagt: Eure Sicherheit wird durch Europol erhöht?

Storbeck: Durch Europol gibt es eine verbesserte europäische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung insbesondere der Organisierten Kriminalität. Es muß ja nicht gleich



Storbeck

ein EU-FBI sein. Wir können zunächst einmal Task-forces einrichten, Sonderkommissionen mit 20 bis 30 Leuten aus verschiedenen Mitgliedstaaten. Die Vernehmung in der Bundesrepublik würde dann nach deutschem Recht und in deutscher Sprache ablaufen, die Durchsuchung in Großbritannien würde ein britischer Constable machen, und die Verhaftung in Frankreich geschähe durch einen französischen Beamten.

SPiegel: Innenminister Manfred Kanther hat jetzt schon Vorbehalte angemeldet.

Storbeck: Ich glaube, mein Modell mit den Task-forces kann am Ende wohl auch vom Bundesinnenminister akzeptiert werden. Die Frage ist nur, ob man das alles schon jetzt entscheiden und aufbauen will.

SPiegel: Erhoffen Sie sich von der laufenden Regierungskonferenz neue Kompetenzen für Europol?

Storbeck: Ja. Die Idee der Task-forces braucht eine klare politische und rechtliche Absicherung. Auch muß die Rolle des Europol-eigenen Personals geklärt werden. Nehmen wir einmal an, Vernehmungen finden in Schweden durch schwedische Beamte statt. Ein Europol-Projektleiter oder -Analytiker sitzt dabei. Der muß doch Fragen stellen können. Vor allem aber müssen wir bei der Verbrechensbekämpfung aus der Froschperspektive heraus. Damit ist gegen kriminelle Großkonzerne, von denen manche über bis zu 80 eigene Banken verfügen, nicht mehr zu bestehen. Wir brauchen die Perspektive des Adlers, aus der wir den nationalen Dienststellen sagen, wo sie zugreifen sollen.

BEAMTENRECHT

Gehoben und höher

Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) und Kollegen in einigen Bundesländern streiten darum, wie qualifiziert Polizisten sein müssen und welche Beamtenlaufbahn ihnen angeboten werden kann. Um den Polizeidienst attraktiver zu machen, haben Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen beschlossen, die mittlere Laufbahn abzuschaffen; Kriminal- und Schutzpolizisten sollen nur noch im gehobenen und höheren Dienst beschäftigt werden.

Nach einem Memorandum des Bonner Innenministeriums würde die bundesweite Einführung der „zweigeteilten Laufbahn“ – 170 000 Polizeibeamte müßten vom mittleren in den gehobenen Dienst überführt werden – „jährlich rund 6,3 Milliarden Mark mehr kosten“. Das stünde, so Kanther, „in einem eklatanten Widerspruch“ zu den Sparzwängen. Außerdem sei nicht einzusehen, daß für klassische Auf-

gaben des mittleren Dienstes wie „Bereitschaftspolizei, Verkehrsüberwachung, Wach- und Sicherheitsdienst, Objektschutz“ fortan eine Fachhochschulausbildung – Voraussetzung für den gehobenen Dienst – absolviert werden müsse. Damit werde zugleich die „Nachwuchsgewinnung erschwert“, warnt das Memorandum. Und schließlich sorgen sich Kanthers Leute um die Folgen für den gesamten Öffentlichen Dienst: Warum sollten, wenn das Polizeimodell Schule macht, nicht auch alle anderen mittleren Beamten die Aufstufung in den gehobenen Dienst fordern?



Ausbildung von Bereitschaftspolizisten

Am Rande

Ecken im Tafelsilber

Die wahren Hindernisse auf dem Weg zur europäischen Einheitswährung liegen in Details, mit denen nun wirklich niemand gerechnet hat: Ganz ernsthaft und ohne endgültige Einigung beschäftigten sich letzte Woche die Finanzminister der EU damit, ob die neuen Euromünzen rund oder eckig sein sollen. Dann meldeten auch noch die Friesen Protest an, weil ihre Inselwelt in der Europakarte auf den neuen Geldscheinen nicht eingezeichnet ist. Ihre Forderung nach friesenerhaltenen Maßnahmen wird vermutlich mehr europäische Gremien beschäftigen, als es Friesen gibt.

Als ob das nicht genug wäre, muß jetzt auch noch von Experten die Frage geklärt werden: Dürfen die Euro-Münzen Nickel enthalten? Die Gegenfrage „Wen juckt das schon?“ sollte man sich verkneifen, denn dann rebelliert sogleich die Allergikerlobby und verweist auf Nickel als bekannten Allergieauslöser. Bis sich in allen Sprachen der EU herumgesprochen hat, daß auch jetzt schon etwa das 50-Pfennig-Stück oder das Markstück nickelträchtig sind, ohne daß es großflächig Pickel beim Bezahlen gäbe, ist der Fahrplan für den Euro längst ins Wanken geraten.

Für das endgültige Aus sorgt dann die Debatte um die Form der Euromünzen. Mindestens eine sollte eckig sein, sagen Experten, damit die neue Münze leichter erkennbar wird. Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD, Lilo Blunck, will nur noch eckiges Geld. Andere, beispielsweise die Automatenindustrie, plädieren für rund.

Jede einzelne Ecke sollte freilich genau überlegt sein. Wie numismatisch Interessierte längst wissen, sind eckige Münzen in Deutschland nicht neu. Beispielsweise gab die Stadt Landau, als sie 1702 im spanischen Erbfolgekrieg von Markgraf Ludwig Wilhelm I. von Baden belagert wurde, eckige Notmünzen heraus: Das Tafelsilber der Stadt wurde eingeschmolzen, in Vierecke geschnitten und mit einem Stempel versehen. Das ebenfalls belagerte Jülich schnitt sogar direkt aus Silbertellern sein eckiges Geld – für den Sammler ein Highlight, für den Euro eine unschöne Parallele.

Und wenn der Cent doch Ecken kriegt, können die Automatenhersteller anderweitig beruhigt werden: Bis wir das Geld in den Händen halten, ziehen wir unsere Zigaretten ohnehin per Chipkarte. Und die ist ja auch eckig.